

LEBENSWERTE HEIMAT

Wir leben in einem wunderschönen Bundesland mit einer gewachsenen Kulturlandschaft und historisch wertvollen Städten und Gemeinden. Unser Sachsen-Anhalt: So kennen und lieben wir es. Jahr für Jahr kommen Millionen Gäste aus nah und fern in unser Land. Dies gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Wir FREIE WÄHLER haben unsere Wurzeln vor Ort in den Kommunen, in Städten und Gemeinden. Wir kennen die Herausforderungen in unserem Land von der Basis her und wollen dafür sorgen, dass unsere Heimat noch lebens- und liebenswerter wird. Dazu gehören ein abwechslungsreiches Landschaftsbild, eine intakte Umwelt sowie lebenswerte Städte und Gemeinden ebenso wie ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land.

Die Zukunft unseres Bundeslandes wird in den Kommunen und von den Menschen vor Ort entschieden. Deshalb stellen wir als FREIE WÄHLER die Bedürfnisse der Städte, Gemeinden und Landkreise in den Vordergrund unserer Politik. Wir brauchen starke und handlungsfähige Kommunen, denn nur so sind und bleiben sie Grundlage und Basis für eine starke Gemeinschaft der Menschen in Sachsen-Anhalt. Für uns FREIE WÄHLER sind daher die Belange der Kommunen auf allen Ebenen mit ihren zahlreichen Themenschwerpunkten maßgeblich. Der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag von Sachsen-Anhalt vertreten als kommunale Spitzenverbände die gemeinsamen Belange der Verbandsmitglieder beim Landtag und bei der Landesregierung. Durch eine stärkere Berücksichtigung der Expertise beider Verbände werden wir für kommunalfreundlichere Politik in Sachsen-Anhalt sorgen.

A. Starke Kommunen

1. Auskömmliche Kommunalfinanzen

Ausgleich für die Kosten der Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat zur Folge, dass die Kommunen in den kommenden Jahren mit besorgniserregenden Steuerausfällen rechnen müssen. Der Fokus muss daher darauf gerichtet werden, dass die Kommunen als Krisenmanager und regionale Wirtschaftsmotoren agieren können. Die Kommunen sind der erste Anlaufpunkt für die Menschen und die Unternehmen vor Ort. Die Hälfte der öffentlichen Investitionen wird durch die Kommunen vorgenommen. Die Bewältigung der aktuellen Krise kann nur mit den Kommunen gelingen. Deshalb fordern wir einen kommunalen Schutzschirm aus Liquiditätshilfen, nicht rückzahlbaren Zuweisungen und Haushaltserleichterungen.

Unsere Ziele:

- tatsächliche Gewerbesteuermindereinnahmen ausgleichen,
- pandemiebedingte Kosten ausgleichen,

- Umsetzungszeiträume von Investitionsprogrammen verlängern,
- kommunale Eigenanteile im Bereich der Städtebauförderung durch das Land (wie in Nordrhein-Westfalen) übernehmen,
- Haushaltskonsolidierungsverpflichtungen aussetzen,
- Verwaltungsverfahren entbürokratisieren.

Auskömmliche Finanzausweisungen

Wir FREIEN WÄHLER stehen für ausfinanzierte Kommunen. Das war schon immer eine unserer Kernforderungen und bleibt es auch zukünftig. Die Kommunen in Sachsen-Anhalt weisen mit 551 Euro je Einwohner bundesweit nach den hochverschuldeten Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland den vierthöchsten Kassenkreditbestand auf. Während 2019 die Kassenkredite in allen anderen Ländern sanken, stiegen diese in unserem Bundesland an. Ein deutlicher Beweis für die Unterfinanzierung der Kommunen in Sachsen-Anhalt.

Die allgemeinen Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen betragen gegenwärtig 1,628 Milliarden Euro jährlich. Bei der anstehenden Fortschreibung des Finanzausgleichsgesetzes werden die FREIEN WÄHLER Bestrebungen der Landesregierung entgegnetreten, die Finanzausgleichsmasse abzusinken. Stattdessen werden wir für eine Anhebung der Mittel auf 1,9 Milliarden Euro sorgen, um die allgemeinen Kostensteigerungen und zusätzlichen Aufgabenausweisungen der letzten Jahre auszugleichen.

Erschwerend ist, dass Konsolidierungsbemühungen der Kommunen zu einer Verringerung der Landesausweisungen führen, da die Ermittlung des Zuschussbedarfs auf dem Saldo der kommunalen Einnahmen und Ausgaben fußt. Diese erdrosselnde Wirkung muss durchbrochen werden, beispielsweise durch die Schaffung eines kommunalen Eigenanteils örtlicher Steuern.

Das Konnexitätsprinzip „Wer bestellt, bezahlt“ muss strikt eingehalten werden. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene muss der Grundsatz gelten, dass derjenige, der eine Leistung veranlasst, für ihre Finanzierung aufzukommen hat. Leider hat die Landesregierung diesen in Art. 87 Abs. 3 der Landesverfassung von Sachsen-Anhalt festgelegten Grundsatz in den letzten Jahren immer weniger beachtet. Damit droht den Kommunen eine unzureichende Finanzierung neuer Aufgaben beziehungsweise Standards. Wir FREIEN WÄHLER werden nicht nur auf die Einhaltung dieses Grundsatzes achten, sondern diesen in ein „striktes Konnexitätsprinzip“, wonach jede finanzielle Mehrbelastung auszugleichen ist, weiterentwickeln.

Als FREIE WÄHLER sind wir der Ansicht, dass das kommunale Straßennetz nicht nur vom Anlieger genutzt wird, sondern für jeden Bürger zur Verfügung steht. Deshalb haben wir die Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge von Beginn an unterstützt und uns so erfolgreich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eingesetzt. Damit der

kommunale Straßenbau nicht ins Stocken gerät, fordern wir einen adäquaten Ausgleich investiver Mittel durch das Land.

Seitens der Bundesregierung beschlossene kommunalbelastende Programme werden von der Landesregierung nicht immer an die Kommunen weitergeleitet. Beispielhaft hierfür ist die erhöhte Umsatzsteuerbeteiligung der Länder, welche in Sachsen-Anhalt seit 2018 nicht bei den Kommunen ankommt. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine ehrliche Finanzpolitik ohne Tricksereien und die konsequente Weitergabe von Bundesentlastungen an die Gemeinden.

Unsere Ziele:

- allgemeine Finanzaufweisungen erhöhen und an den tatsächlichen Bedarf anpassen,
- Gewerbesteuerumlage für Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung abschaffen,
- keine zusätzlichen Aufgaben übertragen ohne finanziellen Ausgleich,
- Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau auf ein realistisches Niveau aufstocken,
- kommunalbelastende Bundesmittel weitergeben.

Stärkere Partizipation an der Wertschöpfung vor Ort

Die Kommunalverfassung von Sachsen-Anhalt schränkt die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde auf die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks ein; eine alleinige Gewinnerzielungsabsicht wird ausgeschlossen. Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass die Kommunen mit ihren Eigenbetrieben und Stadtwerken auf eine breitere wirtschaftliche Basis gestellt werden. Auch eine Gewinnerzielung dient einem öffentlichen Zweck, denn sie stärkt die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Windenergieanlagen prägen das Bild vieler Gemeinden. Neben den Betreibern selbst profitieren vor allem Eigentümer der Standortgrundstücke von den Erträgen der Anlagen - unabhängig davon, ob diese ihren Sitz in der Gemeinde haben. Damit fließt ein erheblicher Teil der Mittel aus der Gemeinde ab. Eine stärkere kommunale Wertschöpfung von Windenergieanlagen kann durch eine Änderung der Gewerbesteuererlegung in Richtung installierte Leistung erreicht werden. Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz sollte den Gemeinden eine verpflichtende finanzielle Beteiligung an Windenergieanlagen und großflächigen Photovoltaikanlagen in Höhe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge gezahlt werden. Alternativ könnte dies auch als landesrechtliche Sondernutzungsabgabe eingeführt werden. Darüber hinaus ist den Standort-Gemeinden die Möglichkeit zum Erwerb von Anteilen an der Betreibergesellschaft einzuräumen. Somit kann die Gemeinde auch durch Gewinnausschüttungen direkt von den Erträgen der Windparks profitieren.

Die Gewerbesteuer ist eine wichtige Quelle der Gemeindefinanzierung. Einen großen Anteil davon müssen die Gemeinden als Umlage an das Land abführen. Wir FREIEN WÄHLER wollen

eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik stärken, indem finanzschwache Kommunen von der Gewerbesteuerumlage befreit werden.

Unsere Ziele:

- Gemeinden sollen stärker an den Erträgen der Windenergie partizipieren,
- Kommunalwirtschaft stärken,
- Gewerbesteuerumlage senken.

2. Stadt-Land-Beziehungen

Wir FREIE WÄHLER wollen ganz Sachsen-Anhalt als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig entwickeln. Dafür wollen wir insbesondere die Attraktivität der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum stärken, damit diese eine gleichwertige Alternative zum Leben in Großstädten und Ballungszentren bilden. Wir wollen den Menschen in allen Regionen ermöglichen, guten Gewissens in ihrer vertrauten Heimat zu leben und auch zu bleiben.

Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land muss auch die Frage der Schlüsselzuweisungen und der Gewichtung der Einwohner neu diskutiert werden. Wir fordern hier, Flächengemeinden durch einen Bewertungsfaktor zu stärken. Nur bei einer ausreichenden finanziellen Ausstattung können auch die kleinen Kommunen ihren Aufgaben im Interesse der Bürger nachkommen.

Kommunen im ländlichen Raum sind durch restriktive Vorgaben zur Raumordnung bei ihrer Bauleitplanung stark eingeschränkt. Aufgrund geringer Einwohnerzahlen, die sich auf sehr viele Orte verteilen, werden neue Wohnbau- oder Gewerbeflächen nicht genehmigt. Auch die Vorgaben zur Zentralörtlichkeit und Innenentwicklung behindern die freie Entwicklung einer Gemeinde. Dies untergräbt die kommunale Planungshoheit und geht an der Lebenswirklichkeit des ländlichen Raums vorbei. Die FREIEN WÄHLER treten für ein flexibleres Baurecht ein, um den kleinen Städten und Gemeinden ihre potenziellen Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu verbauen.

Unsere Ziele:

- allgemeine Kosten flächengroßer Gemeinden berücksichtigen,
- „Veredlungsfaktor“ für die Einwohnerzahl großer Städte abschaffen,
- Baurecht zur Stärkung der Ortsentwicklung im ländlichen Raum vereinfachen.

3. Selbstverwaltung stärken

Eine Vielzahl staatlicher Aufgaben ist sehr gut geeignet, in der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips auf Ebene der Landkreise, Städte und Gemeinden und damit näher am Adressaten, wahrgenommen zu werden. Dies zeigen die Erfahrungen anderer Länder, aber auch die wiederholt vorgebrachten Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände. Mit den Gebietsreformen der vergangenen Jahre wurde die kommunale Leistungsfähigkeit hierfür geschaffen.

Das Gemeindehaushaltsrecht ist zu vereinfachen. Gerade in Krisenzeiten wie 2015 und 2020 hat sich gezeigt, dass die Kommunen für die Bereitstellung buchstäblich lebensnotwendiger Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge über ein hinreichendes Maß an haushalterischer Flexibilität verfügen müssen, um den regional sehr heterogenen Ausprägungen solcher Krisen jeweils adäquat begegnen zu können.

Bei der Vergabe von Investitionen, Lieferungen und Dienstleistungen sind die Kommunen gezwungen, aufwändige Vergabeverfahren zu durchlaufen. Selbst bei geringwertigen Gütern müssen mehrere Angebote eingeholt werden. Dies bedeutet einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand. Hinzu kommt, dass zuverlässigen, regionalen Anbietern auch dann nicht der Zuschlag gegeben werden kann, wenn er nur wenige Euro teurer ist als ein sich mitbewerbendes regionsfremdes Unternehmen. Die sich daraus ergebenden Probleme führen insbesondere bei Baumaßnahmen oft zu Verteuerungen des gesamten Vorhabens. Deshalb ist das Vergabeverfahren zu vereinfachen, um flexibler und unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten Aufträge vergeben zu können.

Der kommunale Investitionsstau ist besorgniserregend hoch. Es bedarf grundsätzlich einer Diskussion darüber, ob für ein Gegensteuern eine quantitative Erhöhung der Förderprogramme strategisch sinnvoll ist. Fördermittel unterliegen den Restriktionen des Zuwendungsrechts. Damit verbunden sind zum Teil auch enorme Transaktions- beziehungsweise Overheadkosten. Kleinen Kommunen fehlt oftmals die personelle Ausstattung, um die Förderlandschaft zu überblicken und um die inhaltlichen Anforderungen zu erfüllen. So profitieren zumeist große und finanzstarke Kommunen von einer breiten Fördermittellandschaft. Perspektivisch sollte deswegen die Frage nach Möglichkeiten einer Stärkung der allgemeinen Finanzautonomie der Kommunen wieder auf die Agenda gesetzt werden. Der wachsende Anteil der kommunalen Investitionstätigkeit, der aus Fördermitteln von Bund, Ländern und der EU gedeckt wird, ist auch Ausdruck einer Abhängigkeit, die die kommunale Selbstverwaltungsautonomie untergräbt.

Kommunen mit finanziellen Schwierigkeiten müssen einen harten Konsolidierungskurs einhalten. Die Aufsichtsbehörden genehmigen dann viele freiwillige Leistungen, zum Beispiel Ausgaben für Wirtschaftsförderung, Spielplätze, Sport- oder Kultureinrichtungen, nicht mehr. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass solche Leistungen nicht freiwillig sind, sondern zu den ureigenen Aufgaben einer Gemeinde gehören. Die Landesregierung hat aber festgelegt, dass ein Anteil von 1 Prozent dieser sogenannten freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt ausreichend ist. Wir FREIEN WÄHLER werden diese erdrosselnde Festlegung nicht mittragen. Den Kommunen muss auch in finanziell schlechten Zeiten genug „Luft zum

Atmen“ für eigene kommunale Angelegenheiten bleiben. Ansonsten sinkt deren Attraktivität und verbaut die Chancen auf eine zukünftig positive Entwicklung.

Einzelne „Schrottimmobilien“ können die vollständige Entwicklung von Dorf- und Stadtkernen behindern. Die Besitzer sind nicht bereit, Grundstücke zu pflegen oder Gebäude zu erhalten. Durch die Verwahrlosung dieser Objekte kann eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen bzw. ein attraktives Ortsbild zerstört werden. Kommunen müssen deshalb mehr Möglichkeiten bekommen, Maßnahmen gegen den Eigentümer durchzusetzen, die zu einer Behebung des Missstandes führen.

Unsere Ziele:

- Subsidiarität ernst nehmen – Kommunen mehr Zuständigkeiten übertragen,
- Pflicht zum Ausgleich des Finanzhaushaltes ab 2023 zurücknehmen,
- Aufstellung und Prüfung von kommunalen Haushalten erleichtern,
- Vergaberecht vereinfachen,
- Finanzautonomie stärken,
- Freiräume trotz Konsolidierung ermöglichen,
- „Schrottimmobilien“ beseitigen.

4. Brand- und Katastrophenschutz

Die Freiwilligen Feuerwehren und ihr ehrenamtliches Engagement sind fundamentale Bestandteile unserer Gesellschaft, durch die unter anderem Gefahren abgewehrt und Menschen gerettet werden. Damit tragen die Freiwilligen Feuerwehren maßgeblich zur Sicherheit in unserem Land bei. Allerdings gefährden jährlich sinkende Mitgliederzahlen und fehlende finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden die personelle und materielle Einsatzfähigkeit. Notwendige Technik muss dringend angeschafft werden.

Vor allem muss jedoch in die personelle Ausstattung investiert werden. Nur so kann der bewährte, flächendeckende und dezentrale Brandschutz in Sachsen-Anhalt erhalten werden. Durch einen flächendeckenden Einsatz hauptamtlicher Brandschutzerzieher*innen, in Kombination mit Angeboten an Schulen und Kitas, können die Kinder frühzeitig für den Brandschutz gewonnen werden. Eine stärkere Wertschätzung langgedienter Kamerad*innen stärkt darüber hinaus die Bindung an das Ehrenamt. Hierzu zählt auch deren Schutz vor Beleidigungen und Übergriffen im Einsatz. Die zunehmende Einsatzbreite der Feuerwehren muss sich wieder auf die direkte Gefahrenabwehr konzentrieren. Hierzu sind die Freiwilligen Feuerwehren von Einsätzen zur Beseitigung von Ölspuren, Straßenabsperungen oder Fehlalarmen zu entlasten.

Unsere Ziele:

- Nachwuchsarbeit stärker fördern,

- Brandschutzsteuer 1:1 an die Feuerwehren weitergeben,
- Förderung zur Anschaffung neuer Technik erhöhen,
- zentrale Beschaffung stärker an den Schwerpunkten der Wehren ausrichten,
- medizinische Vorsorge für alle Kamerad*innen gewährleisten,
- Referat „Brand- und Katastrophenschutz“ im Innenministerium personell aufstocken,
- Landesfeuerweherschule Heyrothsberge stärken und die Auszubildenden stärker fördern,
- Anreize für Unternehmen bei Einstellungen von Feuerwehrkamerad*innen schaffen,
- Ehrenamt im Brandschutz auf die Rente anrechnen.

B. Vor Ort - meine Heimat

1. Unsere Land- und Forstwirtschaft stärken

Die Landwirt*innen erbringen unverzichtbare Leistungen zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln. Nur gemeinsam mit ihnen können wir wertvolle Natur- und Kulturlandschaften erhalten und einen wirksamen Artenschutz auf den bewirtschafteten Flächen erreichen. Unser Leitbild ist eine von vielen Familienbetrieben getragene Landwirtschaft, ergänzt um mittelständische landwirtschaftliche Unternehmen, in der Region verwurzelt und im Eigentum ortsansässiger Landwirt*innen oder Genossenschaftsmitglieder. Agrarkonzerne in der Hand von überregionalen Investoren halten wir für eine Fehlentwicklung. Unsere Landwirtschaft ist mit einem immer dichteren Netz von Regelungen und Auflagen überzogen. Es muss zukünftig auch noch für einen normalen Familienbetrieb möglich sein, weiterhin Landwirtschaft zu betreiben. Bürokratie- und Regelungsabbau und einfache Fördermaßnahmen dürfen keine leeren Versprechungen sein. Unser Engagement gilt auch einer besseren Wertschöpfung in und aus der Region. Mehr Verarbeitung vor Ort, mehr Regionalmarken, mehr Direktvermarktung und weniger Abhängigkeit von den großen Nahrungsmittelkonzernen und Einzelhandelsketten sind für uns wichtige Bausteine für die Zukunft. Dazu gehört für uns auch eine stärkere Annäherung von konventionellem und ökologischem Landbau im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Unsere Ziele für die Landwirtschaft sind:

- Agrarpolitik wissenschaftlich und ideologiefrei gestalten,
- EU-Förderungen gezielt an Arbeitsplätze und gesellschaftliche Leistungen binden, insbesondere bei Direktzahlungen und Investitionen; keine weiteren Anreize für außerlandwirtschaftliche Investoren,
- ausufernde Bürokratie und Regelungsdichte stoppen,
- regionale Wertschöpfung und kurze Wege statt Gewinnsteigerung von Großkonzernen,
- regionale Verarbeitung fördern, insbesondere aus der ökologischen Produktion,
- Digitalisierung für nachhaltige Entwicklung der gesamten Landwirtschaft unterstützen,

- Agrarstrukturgesetz für die ortsansässigen Landwirt*innen und Menschen aus der Region, gegen Bodenkonzentration bei überregionalen Investoren und deren steuerbegünstigte Unternehmensbeteiligung (Share Deals),
- freie Bahn für Junglandwirt*innen durch Einführung der Höfeordnung als Sondererbrecht,
- Vorschläge des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung für ein besseres Tierwohl umsetzen,
- Natur-, Arten- und Klimaschutz konsequent im Miteinander mit der Landwirtschaft vor Ort verfolgen und Leistungen auch finanziell mit Anreizkomponenten honorieren,
- Risikovorsorge gegen Dürren und Naturkatastrophen für Land- und Forstwirtschaft bezahlbar gestalten,
- fundiertes Messstellennetz für Nitratbelastungen des Grundwassers, das belastbare Daten liefert,
- keine Patente auf Pflanzen und Tiere aus biologischer Züchtung, aber Gentechnik zum Wohle der Gesellschaft und des Klimas nicht generell ausschließen.

Neben der Landwirtschaft hat unser Wald in den letzten Jahren stark unter der Dürre gelitten. Wir müssen diese wertvolle Ressource der Natur auch im Interesse des Klimas schützen. Gleichzeitig liefert uns die Forstwirtschaft mit Holz einen ökologisch wertvollen Roh- und Baustoff mit breiten Einsatzmöglichkeiten. Unser Ziel ist hier ein konfliktfreies Miteinander und keinesfalls ein Gegeneinander. Ideologiefreie Überlegungen und Zielsetzungen gelingen auch hier nur unter Einbeziehung der Wissenschaft und deren aktuellen Erkenntnissen. Nur so kommen wir zu sach- und fachgerechten Entscheidungen für eine insgesamt nachhaltige Zukunft.

Die Wälder in Sachsen-Anhalt sind witterungs- und klimabedingt stark geschädigt. Angesichts der Bedeutung des Waldes für Natur und Gesellschaft setzen wir uns für eine weitere Unterstützung durch die Bundes- und Landesregierung bei der Beseitigung der Schäden und einer zukunftsorientierten Waldentwicklung ein. Neuanpflanzungen müssen nach wissenschaftlichen Empfehlungen klimaangepasst und nachhaltig erfolgen. Im Rahmen dieser Empfehlungen soll ein Waldbesitzer allerdings frei über Anpflanzungen entscheiden können.

Wir brauchen einfache Förderprogramme, die insbesondere die kleinen Waldbesitzer*innen erreichen. Eine qualifizierte Beratung muss hierbei helfend zur Seite stehen.

Unser Ziel ist die Stärkung der Holzverarbeitung. Besonders wichtig ist uns, Holz in den Fokus nachhaltigen Bauens zu rücken und dafür gegebenenfalls notwendige Änderungen in der Bauordnung anzugehen. Ein faires und sachliches Miteinander ist der erste Anspruch an unsere Arbeit mit den Waldbesitzer*innen.

Unsere Ziele für die Forstwirtschaft:

- Strategie „Zukunftssicherung Wald“ gemeinsam mit allen Betroffenen erarbeiten,

- forstliche Zusammenschlüsse stärken,
- Förderung einfach gestalten und Waldbesitzer*innen bei der Antragstellung staatlich intensiv unterstützen,
- Waldumbau mit klimaangepassten Neuanpflanzungen und Unterstützung der Natur dauerhaft sichern,
- hinreichend Pflanz- und Saatgut bereitstellen,
- staatliche Marktstützung auch für die private Forstwirtschaft mit geförderter Lagerhaltung von Käferholz,
- Holzwirtschaft als zentralen Teil der Biowirtschaft entwickeln und fördern,
- Holz im Baubereich durch Anpassung der Bauordnung als nachhaltige Alternative etablieren und im staatlichen Bauen vorleben,
- dezentrale Holzheizkraftwerke in die Energiewende einbeziehen,
- Beitrag des Waldes zum Klimaschutz über Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikate-Handel honorieren und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auch im Kleinwald ermöglichen.

2. Regionale Wertschöpfung

In Sachsen-Anhalt leben mehr als 80 Prozent der Menschen in ländlichen Gebieten. Gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land zu erreichen, ist für uns ein politisches Kernziel. Dazu brauchen wir eine Wirtschafts- und Kommunalpolitik des Landes, die gezielt wirtschaftsschwache Regionen unterstützt und keine Gießkannenförderung betreibt. Es reicht nicht aus, auf Investoren zu warten. Wir brauchen attraktive Angebote und eine gezielte Standortentwicklung.

Schon 2018 hat der Landtag die Landesregierung mit der Erarbeitung einer Wertschöpfungsstrategie für den ländlichen Raum beauftragt. Derzeit liegen so gut wie keine Vorschläge vor. Von konkreten Maßnahmen, geschweige denn von einer Strategie ist wenig zu erkennen. Diese Fakten lassen vermuten, dass die Landesregierung die ländlichen Räume bereits aufgegeben hat. Wir FREIEN WÄHLER werden dem entschieden entgegnetreten. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft haben wir schon konkrete Maßnahmen benannt. Darüber hinaus gilt es insbesondere die kleinen Unternehmen zu fördern und mittelständische Unternehmen in ihrer Ansiedlung und Entwicklung zu unterstützen. Baden-Württemberg und auch Bayern sind für uns Vorbild und Maßstab einer blühenden ländlichen Wirtschaft.

Unsere Ziele:

- eigene Förderstrategie für die Wirtschaft im ländlichen Raum entwickeln und auf den Weg bringen,
- keine Einmalförderung von Bundesministerien für immer neue Innovationen, sondern kontinuierliche Unterstützung regionaler Zukunftsprojekte mit eigenen Zukunftsbudgets,
- auch mittlere und kleinere Städte für Startups interessant machen,
- Potenziale und Kooperationen fördern,

- klarer Auftrag an die Hochschulen, die praktische Zusammenarbeit mit der klein- und mittelständischen Wirtschaft zu intensivieren,
- Leuchtturmprojekte als Kristallisationspunkt regionaler Wirtschaftscluster initiieren,
- Dorfläden, Wochenmärkte, Bäcker und Fleischer besser fördern,
- kleine Unternehmen in die LEADER-Förderung aufnehmen und vor Ort unterstützen,
- stärkere Fokussierung der Agrarmarketinggesellschaft auf kleinere Erzeugungs- und Verarbeitungsunternehmen und Übernahme der Vertriebskoordination zwischen Landwirt*innen und regionalem Handel,
- Anforderungen für Direktvermarkter senken und einheitlich auf Kreisebene umsetzen,
- Verbraucher*innen besser über regionale Produkte informieren.

3. Stadt- und Dorfentwicklung

Stadtentwicklung

Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit Städten unterschiedlicher Größe und vielen ländlichen Regionen. In den letzten 30 Jahren haben sich viele Städte gut entwickelt. Die demografischen Prognosen für die nächsten Jahre verlangen jetzt weitere zielgerichtete Maßnahmen. Dies betrifft sowohl Regionen mit Bevölkerungsrückgang als auch wachsende Kommunen – immer mit dem Ziel, Sachsen-Anhalt noch lebenswerter für seine Bevölkerung und attraktiver für Zuzugsinteressierte zu gestalten.

Zur Stadtentwicklung gehören sämtliche Prozesse innerhalb eines urbanen Raumes. Dies bedeutet, dass sich Stadtentwicklung auf die ganze Stadt beziehen muss, wobei auch das Umland dazugehört. Insoweit fordern und fördern die FREIEN WÄHLER die Erstellung von örtlichen Zukunftsplänen, die Lösungen für die aktuellen Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Klimaschutz und wirtschaftliche Notwendigkeiten anbieten. Insbesondere der demografische Wandel stellt uns in der Zukunft vor große Herausforderungen: Die zukünftige Alters- und Sozialstruktur einer Stadt beeinflusst entscheidend die Nachfrage nach Wohnungen, Arbeitsplätzen, Bildungseinrichtungen, Infrastrukturen und Freizeiteinrichtungen.

Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt muss daher aus Sicht der FREIEN WÄHLER umfassen:

- Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger*innen bei stadtrelevanten Entscheidungsprozessen zu etablieren,
- bezahlbare gute Wohnungsangebote für alle Einkommensschichten zu gewährleisten,
- ausreichende und sehr gut ausgestattete Bildungseinrichtungen vorzuhalten,
- wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die auf eine ausdifferenzierte und damit belastbare bzw. solide Wirtschaftsstruktur abzielen,
- für alle Menschen ein breites Kultur- und Freizeitangebot anzubieten,
- die Chancen der Digitalisierung zu nutzen,

- ein gemeinsames Handeln aller Akteure (Stadtrat, Verwaltung, Immobilieneigentümer, Wirtschaftsbetriebe, Investoren, Bürgerinitiativen, Vereine) sicherzustellen,
- den Klimaschutz durch Anpassungsstrategien (zum Beispiel bessere Nutzung des Regenwassers, Umweltzonen, Ausbau der erneuerbaren Energien) zu fördern,
- Treibhausgase durch Förderung von Fuß-, Fahrradwegen und öffentlichem Nahverkehr zu reduzieren,
- die Grundstücksbewirtschaftung kommunaler Flächen am Gemeinwohl auszurichten,
- kommunale Wohnungsgesellschaften nicht zu privatisieren,
- Innenstädte und eine Identitätsbildung für die jeweiligen Städte durch stadtbildprägende Gebäude erhalten,
- alle Europa-, Bundes- und Landesförderprogramme zu nutzen.

Dorfentwicklung

Wir FREIEN WÄHLER wollen starke Dörfer mit Zukunft. Dazu brauchen wir engagierte Menschen, die sich für den Erhalt, die Gestaltung und Entwicklung ihres Dorfes einsetzen. Ihre intensive Beteiligung an transparenten Entscheidungsprozessen liegt uns daher besonders am Herzen. Nur eine starke Gemeinschaft meistert die Herausforderungen des demografischen Wandels auf dem Land. Ob Erholungsdorf, Miteinanderdorf, smartes Dorf, Energie-Dorf oder Kreativdorf: Jedes Dorf hat sein eigenes Gesicht einer lebenswerten Heimat. Wir wollen engagierten Dörfern die Chance geben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und dies fördernd begleiten. Eine besondere Herausforderung sehen wir in der Einbindung unserer Jugend in diese Prozesse. Jugendräte sollten regelmäßig ihre Vorschläge in die etablierten Gremien der Orts- und Gemeinderäte einbringen. Viele aktive Dorfgemeinschaften leben vom Engagement des Ehrenamtes. Diesen Einsatz für die Gemeinschaft werden wir besonders unterstützen und würdigen.

Unsere Ziele im Rahmen der Dorfentwicklung:

- Zukunftspläne für jedes Dorf fördern und über ein ebenfalls gefördertes Zukunftsbudget umzusetzen,
- finanzschwache Kommunen stärker unterstützen,
- Daseins- und Nahversorgung sichern, Mehrfunktionshäuser schaffen,
- Revitalisierung im Innenbereich, aber auch Abriss fördern,
- Glasfaser und leistungsfähigen Mobilfunk für jedes Dorf,
- energieautonome Dörfer unterstützen,
- Kommunikations- und Beteiligungsplattformen für mündige Bürger*innen etablieren,
- Jugendarbeit im Dorf gezielt unterstützen,
- Dorfkümmerer-Netzwerke einrichten,
- Vereinsarbeit breit unterstützen und fördern,
- LEADER stärken,
- Kleinstädte als neue ländliche Zentren stärken und gute Erreichbarkeit sicherstellen,
- Ämter für Landwirtschaft in Landesämter für ländliche Entwicklung umbauen.

4. Wohnen

Die regional unterschiedliche demografische Entwicklung der nächsten Jahre verlangt zielgerichtete Maßnahmen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, um in allen Landesteilen das gute und bezahlbare Wohnen als Grundbedürfnis jedes Menschen zu sichern.

Wohnungspolitik bedeutet daher für uns:

- vollständige Kofinanzierung der Städtebauförderung des Bundes durch das Land Sachsen-Anhalt und zielgerichtete Landes-Wohnungsbauförderung zur weiteren Schaffung von bezahlbarem altersgerechtem Wohnraum (vornehmlich durch Bestandssanierungen) einschließlich des notwendigen Abrisses,
- bestehende Bau- und Fördervorschriften überarbeiten, um schneller und effizienter bauen zu können,
- preisgünstigen Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gezielt erhalten durch Sicherung von kommunalen Belegungsrechten,
- Kommunen unterstützen bei der Erstellung von Richtlinien für KdU (Kosten der Unterkunft) und Mietspiegeln (mit dem Auftrag an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine Verlängerung des Zeitraumes der einzubeziehenden Mieten einzusetzen),
- Mieterräte und weitere Mieterselbsthilfeorganisationen zur Vermeidung unberechtigter Mieterhöhungen und Betriebskostenabrechnungen fördern,
- Grunderwerbsteuer bei erstmaligem Eigentumserwerb für Selbstnutzer senken,
- Immobilienverkauf an Nicht-EU-Bürger*innen (zum Beispiel nach dem Schweizer Modell) beschränken.

5. Kultur, Kunst und Brauchtum

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Die Kirchen erfüllen in unserem Land wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sind im Grundgesetz geregelt und die entsprechende Ausgestaltung im Staatskirchenvertrag festgelegt. Diese Regelung hat sich in unseren Augen bewährt. Unsere abendländische Kultur ist prägend für unsere aufgeklärte, offene und vielfältige Gesellschaft von heute. Um unsere daraus erwachsenen Traditionen zu pflegen, lehnen wir jegliche Versuche entschieden ab, die unsere christlichen Feiertage in Frage stellen.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für die kulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt ein und wollen diese auch für nachfolgende Generationen langfristig erhalten. Wir werden Museen, Theater, Orchester, Musikvereine, Bibliotheken, Archive und Vereine fördern und Baudenkmäler erhalten. Nur so erhalten wir lebens- und liebenswerte Gemeinden, Städte

und Landkreise für unsere Bürger*innen. Das kulturelle Leben vor Ort ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar. Kunst und Kultur, Brauchtum und Tradition dienen als Lebenselixier, steigern die Lebensqualität und sind vielfach auch Lebenssinn und Motivation für den Einzelnen. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb Fördermittel idealerweise dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen Menschen vor Ort zugutekommen. Kultur darf auch bei klammen kommunalen Kassen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen und muss als Pflichtaufgabe einer jeden Gemeinde gelten.

Unsere Ziele:

- kulturelle Vielfalt in Sachsen-Anhalt sichern,
- christlich-jüdische Traditionen und kirchliches Engagement erhalten,
- Brauchtum und regionale Identitäten erhalten,
- Kommunen bei ihrem Kulturauftrag unterstützen,
- Kultur als kommunale Pflichtaufgabe gestalten,
- Nachwuchsarbeit im Vereinsleben fördern,
- Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen,
- kulturelle Bildung und Teilhabe für alle Bürger sichern.

6. Tourismus und Freizeit

Nachhaltigen Tourismus fördern

Tourismus und Gastronomie sind wichtige Wirtschaftszweige, die viele Arbeitsplätze in unserer Heimat sichern. Die Tourismusbranche ist weitgehend mittelständisch geprägt: der Großteil der Leistungen wird von kleinen und mittleren Betrieben erbracht. Wir unterstützen Investitionen in die Tourismusinfrastruktur und die Stärkung der Betriebe. Der mittelständischen Hotellerie und Gastronomie machen zahlreiche neue Auflagen das Leben schwer: Bürokratie bei der Mindestlohndokumentation, immer strengere Brandschutzauflagen, umfangreiche Allergeninformationen, ausufernde Dokumentationspflichten im Hygienebereich. Wir wollen eine Entbürokratisierung, damit die häufig familiengeführten Unternehmen auch weiterhin bestehen und gut wirtschaften können.

Mit den Welterbestätten, den Gartenträumen und dem Blauen Band ist Sachsen-Anhalt ein beliebtes Urlaubsziel geworden. Unser Land hat aber noch viel mehr zu bieten. Regionen wie beispielsweise die Altmark, der Harz oder das Burgenland benötigen verstärkt Möglichkeiten, um ihre regionale Infrastruktur und qualifizierte Vermarktungsstrategien weiterentwickeln und ausbauen zu können.

Unsere Ziele:

- vernetztes Tourismuskonzept entwickeln,

- Bürokratie stoppen: keine weitere Verschärfung von Vorschriften und Auflagen,
- Insolvenzen in der Gastronomie verhindern,
- öffentliche Tourismusinfrastruktur ausbauen,
- Barrierefreiheit im Tourismus voranbringen,
- touristische Radwege ausbessern und überregional ausschildern,
- Aktiv- und Naturtourismus stärken.

Freizeitangebote erweitern

Wir FREIEN WÄHLER wollen darüber hinaus das Angebot an Freizeitstätten für die heimische Bevölkerung ausbauen. Hierzu ist das Fördermittelverfahren zu vereinfachen. Eine Förderung von Angeboten für Freizeit und Tourismus muss auch in Regionen möglich sein, die keinen touristischen Schwerpunkt darstellen. Zum typischen Freizeitverhalten der Menschen gehört auch der Besuch von Volksfesten. Leider scheint die bisherige Politik dieses besondere deutsche Kulturgut nicht im Blick zu haben. Volksfeste, Kirmes, Jahrmärkte – all das hat eine jahrhundertelange Tradition in unserem Land und muss unbedingt erhalten werden.

Unsere Ziele sind:

- kommunale Schwimmbäder und Sportstätten erhalten,
- Volksfeste und Jahrmärkte unterstützen,
- Spielplätze erneuern und um Seniorenangebote erweitern,
- Wander- und Radwege ausbauen,
- Jugendfreizeitzentren und mobile Jugendarbeit fördern,
- stärkere Zusammenarbeit von Kitas und Schulen mit Vereinen, Kirchen und Feuerwehren.

C. Schutz der Natur

1. Klima schützen

Es gibt vielfältige Klimaschutzpotenziale auf kommunaler Ebene und Landesebene, die wir FREIEN WÄHLER heben wollen. So setzen wir uns zum Beispiel für den Ausbau des kooperativen Naturschutzes ein: Bei diesem Erfolgsmodell arbeiten Kommunen, Landwirtschaft und Umweltorganisationen gemeinsam am Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft.

Wir fordern darüber hinaus dringend ein schnelles und nachhaltiges Konzept für den Waldumbau: Die Wälder in Sachsen-Anhalt stehen angesichts der Klimaveränderungen (zum Beispiel Dürreperioden, daraus folgendem Schädlingsbefall) vor großen Herausforderungen. Für die hochsensiblen Infrastrukturbereiche Elektrizität, Wärme und Verkehr müssen zukunftsweisende Lösungen im Sinne der Sektorenkopplung gefunden und gleichzeitig muss

die Energiewende inklusive Speichertechnik vorangetrieben werden. Zudem sehen wir FREIEN WÄHLER alternative Antriebsarten als einen entscheidenden Schlüssel für unsere mobile Gesellschaft im Einklang mit unserer Umwelt.

Unsere Ziele:

- ideologiefreier, vom technischen Fortschritt zeitlich bestimmter Ausstieg aus fossilen Energieträgern mit dem Ziel einer vollständigen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen,
- alternative Antriebsarten ausbauen und fördern sowie Entwickeln einer zukunftsfähigen Lade- und Versorgungsstruktur,
- öffentlichen Nahverkehr und Taxis schrittweise auf alternative Antriebsarten umstellen,
- kooperativen Naturschutz für den Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft ausbauen und fördern,
- umgehend ein tragfähiges Konzept für den Schutz und Umbau unserer Wälder entwickeln.

2. Schützenswerte Landschaft erhalten

Unsere Landschaft bedeutet für uns Heimat – Heimat stiftet Identität. Unsere Heimat Sachsen-Anhalt besteht im Wesentlichen aus einer Kulturlandschaft, die uns als Nahrungslieferant ebenso dient wie als Rückzugs- und Erholungsort. Wir FREIEN WÄHLER wollen diese vielfältigen Landschaften im Einklang von Mensch und Natur erhalten und gestalten. Sie zu bewahren ist unser Auftrag. Wir wollen eine Welt hinterlassen, die auch für unsere Nachkommen lebenswert ist.

Unsere Ziele:

- natürliche Ressourcen Boden, Wasser und Luft für uns und unsere Kinder schützen und bewahren,
- Grundwasser als zentrales Lebenselixier in ausreichender Menge und bester Qualität sichern,
- Wasserrückhaltung stärker in die Raumplanung aufnehmen und gezielter fördern,
- Wald in seinen wichtigen Funktionen für Klima, Wasser, Erholung erhalten und für die Zukunft entwickeln,
- Verbrauch von land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf das unbedingt Notwendige reduzieren, ohne bevölkerungsschwachen Regionen Entwicklungschancen zu nehmen,
- hier beheimatete Pflanzen und Tiere schützen,
- Feldraine, Hecken und Feldgehölze schützen und fördern,
- Naturlandschaften als Rückzugsräume für bedrohte Arten erhalten und entwickeln,
- staatliche Einschränkungen in der wirtschaftlichen Flächennutzung geschützter Landschaften fair ausgleichen.

3. Artenschutz und Tierwohl

Für uns FREIE WÄHLER ist die Bewahrung der Natur, der Schutz von Flora und Fauna selbstverständlich. In diesem Sinne legen wir ein besonderes Augenmerk auf bedrohte Tiere und Pflanzen. Wir setzen uns für einen Gesellschaftsvertrag mit der Land- und Forstwirtschaft ein, welcher deren Leistungen zum Artenschutz honoriert. Wir wollen die Kooperation von Naturschutzorganisationen mit Land- und Forstwirtschaft gezielt fördern, wenn sie sich gemeinsam diesem Ziel widmen.

Bei der Haltung von Nutztieren müssen die Haltungsbedingungen ständig den wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Tierwohl angepasst werden. Nicht immer möchten Verbraucher*innen jedoch dafür auch an der Ladentheke den höheren Preis bezahlen. Wir unterstützen daher besonders tierfreundliche Haltungssysteme.

Unsere Ziele:

- Geld aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Bauinvestitionen in Projekte des Artenschutzes in Kommunen und der Land- und Forstwirtschaft konzentriert einsetzen,
- einen möglichst hohen Anteil an sogenannten produktionsintegrierten Maßnahmen in der Landwirtschaft gewährleisten,
- den Artenschutz auf landwirtschaftlichen Flächen nach niederländischem Vorbild über Naturschutzkooperativen fördern,
- Fachkompetenz vor Ort nutzen, auch in den Naturschutzbehörden der Landkreise,
- Programme zum Schutz von Bienen und der Förderung der Imkerei entwickeln,
- heimische Tiere und Pflanzen vor invasiven Arten schützen.

4. Jagd

Die Ausübung der Jagd dient der Landespflege und ist eine wichtige Aufgabe, die die Jäger kostenlos für Sachsen-Anhalt übernehmen.

Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, Jäger*innen mit ständig neuen Restriktionen zu überziehen, obwohl sie für den Staat und damit für die Gemeinschaft aller wichtige Aufgaben übernehmen. Die waidgerechte Ausübung der Jagd dient dem Umwelt- und Naturschutz, indem beispielsweise Tiere, die sich hier erst durch menschliches Verhalten angesiedelt haben und einheimische Tierarten verdrängen, an ihrer weiteren Ausbreitung durch ihre Bejagung behindert werden. Darüber hinaus dient die Jagd, wie man an der Ausbreitung der afrikanischen Schweinepest sieht, der Seuchenbekämpfung.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine Überarbeitung des Landesjagdgesetzes Sachsen-Anhalt sowie sämtlicher Umwelt- und Naturschutzvorschriften, damit die Jäger*innen besser im Sinne des Seuchen-, Natur- und Artenschutzes wirksam werden können.

Deutschland ist das am dichtesten besiedelte Land Europas. Eine weiter ungehemmte Vermehrung und Ausbreitung des Wolfes ist nicht akzeptabel. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keine populationsbiologischen Gründe, den Wolf in Deutschland nicht zu bejagen.

Wir sind dafür, dass die sogenannte „Schutzjagd“ auf den Wolf nach dem schwedischen Modell auch hier ausgeübt werden darf. Dort erfolgt in Übereinstimmung mit der Europäischen Union und der einschlägigen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie eine Bejagung von „Problemwölfen“ zum Schutz von Menschen und Nutztieren. Dann könnte beispielsweise ein Schäfer oder ein Landwirt dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt Schäden, die ein Wolf verursacht hat, melden. Daraufhin könnte dann die Bejagung einzelner Wölfe oder ganzer Rudel angeordnet werden, bis der Missstand beseitigt ist.

Die immer wieder für eine überlebensfähige Population ins Spiel gebrachte Zahl von 1.000 Wölfen für die gesamte Bundesrepublik ist eine reine Märchenzahl, die von Biologen einst für Huftiere wissenschaftlich abgeleitet wurde und nicht auf den Wolf übertragen werden kann. Auch die angebliche Scheu des Wolfes vor dem Menschen ist aus wissenschaftlicher Sicht ein modernes Märchen, das im Übrigen auch durch zahlreiche Wolfssichtungen in unseren Städten und Gemeinden zwischenzeitlich widerlegt ist.

Es muss das Ziel sein, sowohl für den Wolf als auch für den Kormoran, ein Management zu entwickeln, das die Jagd nicht ausschließt. Ziel muss es sein, beide Arten durch eine Änderung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union in das Landesjagdgesetz aufzunehmen und Jagdzeiten festzulegen.

Erfolgreiche und verantwortungsvolle Jagd ist nur mit brauchbaren Jagdhunden möglich. Hier leistet der Landesjagdverband Sachsen-Anhalt zusammen mit den Vereinen herausragende Arbeit. Im Hinblick auf Haltung und Einsatz von Jagdhunden muss im Interesse der waidgerechten Ausübung der Jagd und der Rechtssicherheit aus unserer Sicht sowohl eine Überarbeitung des Landesjagdgesetzes als auch des Hundegesetzes Sachsen-Anhalt erfolgen.

Die Jäger*innen leisten im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Wildunfällen in Zusammenarbeit mit der Polizei in Sachsen-Anhalt viel, ohne dass sie dafür vergütet werden. Wir wollen uns im Land Sachsen-Anhalt dafür einsetzen, dass für diesen vielfältigen Einsatz die Jagdsteuer und die Hundesteuer für brauchbare Jagdhunde als gemeindliche Aufwandssteuern abgeschafft werden.

5. Moderne Entsorgungspolitik - Ressourcen schonen

Schutz und nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen gehören zu den politischen Grundprinzipien der FREIEN WÄHLER.

Sowohl im privaten als auch im gewerblichen Kontext sollen durch geeignete Maßnahmen die Abfallmengen reduziert und vorhandene Ressourcen so weit wie möglich und wirtschaftlich vertretbar wiederverwendet werden. Wir bekennen uns daher dazu, dass die Abfallwirtschaft sich sukzessive weiter zu einer Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft entwickeln muss. Den Mentalitätswandel weg von der „Wegwerfgesellschaft“ zu einer bewussten Auseinandersetzung mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wollen dies insbesondere durch entsprechende Projekte in den Kitas und Schulen als auch durch die Förderung von Initiativen und Vereinen unterstützend begleiten.

Den bestehenden gesetzlichen Rahmen in unserem Bundesland wollen wir dahingehend weiterentwickeln, dass die stoffliche Trennung von Abfällen vor der Erstbehandlung in den entsprechenden Anlagen weiter gestärkt wird. Gerade die hohe Menge an verwertbaren Stoffen und Ressourcen im Hausmüll und in hausmüllähnlichen gewerblichen Abfällen erfordert einen weitergehenden politischen Rahmen als dies bisher der Fall ist. Gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts als Unteren Abfallbehörden wollen wir diesbezüglich zielführende und regional abgewogene Lösungen finden.

Auch im Hinblick auf die 2019 erfolgte Novellierung der Gewerbeabfallverordnung streben wir einen intensiven Austausch mit Vertretern von Industrie, Handwerk und Gewerbe an, wie die Recyclingquote sinnvoll erhöht werden kann. Der bisherige gesetzliche Rahmen stellt aus unserer Sicht eine wirtschaftliche und bürokratische Belastung für Unternehmen dar und wird zusätzlich nicht zu einer signifikanten Erhöhung der stofflichen Verwertung beitragen.

Dort, wo Abfälle technisch oder wirtschaftlich nicht zumutbar stofflich verwertet werden können, bleibt die thermische Verwertung weiter ein gangbarer Weg.

Die notwendige Entsorgung von nicht verwertbaren und insbesondere gefährlichen Abfällen in entsprechenden Deponien muss nicht nur weiter gemeinwohlverträglich Mensch und Umwelt schützen, sondern stärker als bisher Kommunen und Bürgerinitiativen bei Planungsverfahren einbeziehen. Offenkundige Verfehlungen der Vergangenheit sind parlamentarisch und behördlich aufzuklären und konsequent abzustellen.

Dies bedeutet für uns auch, dass wir den „Mülltourismus“ in den Deponien beenden werden. Sachsen-Anhalt muss ausreichend Kapazitäten für die Entsorgung und Deponierung der eigenen Abfälle vorhalten, aber eine Einlagerung von Abfällen aus anderen Bundesländern oder gar aus dem europäischen Ausland ist für uns keine Option.

Unsere Ziele:

- Initiativen und Projekte zur Abfallvermeidung und Abfallreduzierung in Kitas, Schulen und in der Gesellschaft unterstützen,
- Maßnahmen zur Stärkung der stofflichen Trennung und Wiederverwertung von Abfällen unter Wahrung von Wirtschaftlichkeit, Regionalität und unter Einbeziehung von

Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie Industrie, Gewerbe und Handwerk entwickeln,

- höhere Recyclingquoten bei gewerblichen Abfallströmen erreichen,
- planungsrechtliche Einflussmöglichkeiten von Kommunen und Bürgerinitiativen im Hinblick auf die Errichtung von Deponien ausweiten,
- keine Einlagerung von nichtverwertbaren oder gefährlichen Abfällen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland in Sachsen-Anhalt.